

HESSEN ZUM SICHEREN HAFEN ERKLÄREN

Die Zahl der Menschen, die weltweit vor Krieg, Konflikten und Verfolgung fliehen, war noch nie so hoch wie heute. Ende 2019 lag die Zahl der Menschen, die weltweit auf der Flucht waren, bei 79,5 Millionen - mehr als ein Prozent der Weltbevölkerung. Weltweit sind Camps für geflüchtete Menschen überfüllt und es herrschen katastrophale Bedingungen. Tausende von Menschen verlieren ihr Leben auf der Flucht, in der Hoffnung auf ein Leben ohne Krieg, Folter, Diskriminierung, Verfolgung, Armut oder den grassierenden Folgen der Klimakatastrophe.

Gleichzeitig sterben an den Grenzen zur Europäischen Union tausende Schutzbedürftige. 2019 fanden über 1.319 Menschen den Tod bei der Flucht über das Mittelmeer. Alleine in der ersten Hälfte des Jahres 2020 sind 340 Menschen beim Versuch nach Europa zu kommen, gestorben. Statt eine einheitliche humane und solidarische Europäische Lösung zu finden, wird Seenotrettung und zivilgesellschaftlicher Aktivismus kriminalisiert. Die Politiker*innen der EU-Staaten ignorieren die Lage an und um die Außengrenzen und schauen gezielt weg, wenn die Menschenwürde mit Füßen getreten wird. Die Folgen dieses politischen Stillstandes macht sich in den unzähligen Lagern, wie im Camp Moria auf Lesbos, genauso wie auf der Balkanroute bemerkbar.

Für uns ist klar: Menschenwürde ist nicht verhandelbar. Genau deswegen solidarisieren wir uns mit den Forderungen der Seebrücke und fordern: Hessen zum sicheren Hafen erklären!

Mit den "Sicheren Häfen" hat die Seebrücke den selbstständigen Protest der kommunalen Politik ins Rollen gebracht. Heute streiten Bürgermeister*innen, Städt*rät*innen, Landtagsabgeordnete und zivile Initiativen für das Ziele, ihre Kommune, Stadt oder Bundesland zum „Sicheren Hafen“ zu erklären und Verantwortung zu übernehmen, wo die Bundesregierung und die EU versagen.

Die GRÜNE JUGEND Hessen spricht sich klar gegen die Kriminalisierung der Seenotrettung auf dem Mittelmeer aus und fordert Hessen zum sicheren Hafen zu erklären.

Dies beinhaltet unter anderem:

- Die Unterstützung der Seenotrettung und eine klare öffentliche Positionierung gegen die Kriminalisierung der Seenotrettung auf dem Mittelmeer.
- Die Aufnahme zusätzlich zur Quote.
 - Alle politischen Entscheidungsträger*innen stellen die schnelle und unkomplizierte Aufnahme und Unterbringung von aus Seenot geretteten Menschen zusätzlich zur Verteilungsquote von Schutzsuchenden sicher.
 - Die politischen Entscheidungsträger*innen erklären sich bereit, aus Seenot gerettete Menschen, beispielsweise von einem zivilen Seenotrettungsboot, ähnlich eines Relocation-Programms, direkt aufzunehmen und unterzubringen. Diese Aufnahme geschieht zusätzlich zur Verteilungsquote Asylsuchender.
- Aufnahmeprogramme zu unterstützen:
 - Die Bundesregierung muss für die Einrichtung neuer bzw. die deutliche Ausweitung bestehender Programme zur legalen Aufnahme von Flüchtenden sorgen und dazu selbst zusätzliche Aufnahmeplätze bieten.
 - Die hessische Landesregierung setzt das eigenständige humanitäre Landesaufnahmeprogramm für Flüchtende gem. § 23 Absatz 1 AufenthG konsequent um, damit flüchtenden Menschen die legale Einreise nach Deutschland und ein legaler Aufenthalt ermöglicht wird.
 - Streichung des Satzes 3 des § 23 Abs. 1 AufenthG, wodurch die Zustimmungserfordernis des Bundes für eine Flüchtlingsaufnahme entfällt
 - Einführung einer eigenständigen Norm zur kommunalen Aufnahme entsprechend dem § 23 Abs. 1 AufenthG zur eigenständigen Aufnahme durch die Länder.

- Kommunales Ankommen zu gewährleisten und für ein langfristiges Ankommen garantieren, indem alle notwendigen Ressourcen für eine menschenwürdige Versorgung, insbesondere in den Bereichen Wohnen, medizinische Versorgung und Bildung, zur Verfügung gestellt werden. Ein besonderer Fokus soll dabei auf den Sprachkursen liegen, welche in ausreichender Anzahl und guter Qualität vorhanden sein müssen.
- Eine Nationale und europäische Vernetzung und damit eine schnelle Lösungsfindung, um auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene aktiv für die Umsetzung der oben genannten Punkte einzustehen.
- Ein Bündnis Sichere Häfen europaweit zu gründen, um somit alle Sicheren Häfen in Europa zur aktiven Gestaltung einer menschenrechtskonformen europäischen Migrationspolitik zu vernetzen
- Ein transparenter Umgang und aktive Kommunikation über die unternommenen Schritte, mit denen Kommunen und Länder zu einem Sicheren Hafen werden

Wir als GRÜNE JUGEND stehen für die solidarische Seite Europas und setzen Hetze Menschlichkeit entgegen. Wir wollen nicht zulassen, dass weiter Menschen im Mittelmeer sterben. Es ist an der Zeit Gesicht und Haltung zu zeigen. Deswegen unterstützt die GRÜNE JUGEND Hessen die Forderungen der Bewegung Seebrücke: Hessen soll einen sicheren Hafen werden!

Beschlossen am 04.10.2020 auf der digitalen Landesmitgliederversammlung.